

Verbrennungsanlage im Kreuzfeuer

Widerstand gegen Erweiterung des Suez-Standorts an der Südstraße nimmt zu. Genehmigung der Bezirksregierung steht kurz bevor. Kritik an der Stadt

Von Lars-Oliver Christoph

120 Minuten hat der Umweltausschuss am Dienstag unter reger Bürgerbeteiligung über die geplante Erweiterung der Verbrennungsanlage Suez an der Südstraße diskutiert. Eine Bestandsaufnahme.

Die Erweiterung

Die Entscheidung der Bezirksregierung Arnsberg steht kurz bevor. Die Signale stehen auf Grün – für Suez. Die Kapazitätserweiterung für die Verbrennung hochbelasteter Böden und Abfälle von jährlich 48 000 auf 65 000 Tonnen ist nur noch Formsache, so ist zu hören. Die Stadt wies im Ausschuss erneut darauf hin, dass dagegen der Rechtsweg beschritten, sprich: geklagt werden könne.

Die Bürger

Zahlreiche Argumente und Einwände machten Mitglieder der Bürgerinitiative „Dicke Luft“ (BI) im Ausschuss geltend. Herne sei schon jetzt stark belastet und habe die höchste Krebsrate. „Warum muss die Anlage sogar noch erweitert werden?“, so ein Suez-Anwohner. Eltern der Hiberniaschule verliehen Ängsten um die Gesundheit ihrer Kinder Ausdruck. Elternratsmitglied Daniel Fey überreichte 511 Unterschriften gegen den Ausbau der Anlage. BUND-Mitglied Ingrid Reckmeier verwies darauf, dass das Unternehmen seit 1995 immer wieder Ausnahmegenehmigungen zur Überschreitung von Grenzwerten erhalte. Zurzeit dürfe Suez bei den Stickoxiden die Grenzwerte um 100 Prozent überschreiten. Nach einer beschlossenen Verschärfung würde Suez ab 2019 sogar das Vierfache des dann erlaubten Wertes ausstoßen: „Wenn die Bezirksregierung das genehmigt, dreh' ich durch“, so Reckmeier. Klaudia Scholz, BI-Sprecherin und Ratsfrau für die Linke, er-



Die Erweiterung der Verbrennungsanlage Suez an der Südstraße schlägt hohe Wellen. Die Anlage ist 1995 errichtet worden; seitdem hat es 20 Erweiterungs- und Änderungsanträge gegeben, die allesamt genehmigt wurden. FOTO: HANS BLOSSEY

klärte, dass „die schreckliche Firma Suez“ hoch belastete Fracking-Bohrschlämme aus Niedersachsen verbrennen könnte, was bei den Transporten zu großen Gefahren in Herne führen würde.

Die Politik

Roberto Gentilini (SPD) verwies darauf, dass alle Parteien seit 2014 erklärten, „dass so eine Anlage in Herne nichts zu suchen hat“. Suez dürfe nicht losgelöst von anderen Standorten und Betrieben gesehen werden: „Die Belastung summiert sich.“ Die CDU, die das Thema auf die Tagesordnung gehoben hatte, erneuerte die Kritik an der Informationspolitik der Bezirksregierung: „Wenn Bürger Fragen und Sorgen haben, müssen sie verständliche Antworten bekommen. Es reicht nicht, auf Aktenberge zu

verweisen“, sagte CDU-Ratsherr Peter Neumann-van Doesburg. Die Union teile die Bedenken der Bürger. Pascal Krüger (Grüne), der ebenfalls der BI angehört, schlug vor, Suez künftig in jeder Ausschusssitzung auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Parteien vereinbarten schließlich, dass der Rat ein Zeichen setzen und einen Beschluss gegen Suez fassen solle.

Die Stadt

Umweltdezernent Karlheinz Friedrichs und Fachbereichsleiter Achim Wixforth deuteten an, dass sie persönlich gegen eine Erweiterung der Anlage bzw. gegen den Standort seien. Aber: Die Stadt müsse sich an Recht und Gesetz halten. Der Suez-Antrag sei kritisch hinterfragt worden. Wesentlich für die Entscheidung, im Rah-



Klaudia Scholz (BI und Linke), Achim Wixforth (Stadt) FOTOS: LINKE, RAFFALSKI

men des Verfahrens kein Veto gegen die Erweiterung einzulegen, sei die Einschätzung des Landesumweltamtes (Lanuv) gewesen. Dieser Behörde könne man „großes Vertrauen“ entgegenbringen, so Wixforth. In die Kritik geriet die Stadt trotzdem. Die Grünen und auch Bürger warfen der Stadt vor, die Öffentlichkeit nicht ausreichend über den Antrag auf Erweiterung informiert zu haben. BI-Mitglied Norbert Ingler stellte den Vorwurf in den Raum, dass die Stadt im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durchaus Anknüpfungspunkte für ein Nein zur Erweiterung gehabt hätte.

Die Bezirksregierung

Dezernent Friedrichs versprach, alle Fragen an Arnsberg weiterzuleiten. Auf SPD-Vorschlag soll Regierungspräsident Hans-Josef Vogel eingeladen werden. Vogel wird nicht nur Einladungen, sondern auch Besuch aus Herne erhalten. Die Umweltausschussvorsitzende Barbara Merten kündigte an, „schnellstmöglich“ mit Arnsberg einen Termin zur Übergabe der Unterschriften zu vereinbaren.

KOMMENTAR

Von Lars-Oliver Christoph



Im Interesse der Industrie

Die Sache ist eindeutig – eigentlich: Bürger, Politik und auch die Stadtverwaltung sind allesamt gegen den Herne Standort von Suez. Und trotzdem läuft alles darauf hinaus, dass die zuständige Bezirksregierung die Erweiterung der Anlage genehmigen wird.

Ob dies mit Recht und Gesetz zu vereinbaren ist, ist schwer zu beurteilen und wohl letztlich nur von Gerichten zu beantworten. Klar ist aber: Wenn die Gesetzeslage tat-

sächlich den Rahmen bieten sollte für die Genehmigung und darüber hinaus auch noch für ständige Erweiterungen solcher Standorte, muss eine Gesetzesänderung her.

Ist das realistisch? Nein. Wer sich anschaut, wie regierende Parteien mit kriminellen Menschaften von Autokonzernen umgeht, der weiß, dass Interessen der Industrie noch immer über die Gesundheit und das Leben von Menschen gestellt werden.

Erste Veranstaltung der Bürgerinitiative

■ Die im Dezember gegründete Bürgerinitiative „Dicke Luft“ lädt für Mittwoch, 21. Februar, zu ihrer **ersten öffentlichen Informationsveranstaltung** ein.

■ Beginn ist um 18 Uhr im Vereinsheim der **Kleingartenanlage Löns-Mühle**, Hofsteder Straße 24. „Sozusagen am Tatort“, heißt es in der Einladung der BI angesichts der Nähe des Veranstaltungsortes zur Suez-Anlage.

■ **Weitere Infos:** www.dickeluft-herne.de

Ein ausführlicheren Bericht finden Sie auf waz.de/herne